Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 06.09.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die Hauptleidtragenden der Dürre sind die kleinen und mittleren Betriebe

Flemming Meyer zu TOP 27 - Auswirkungen des trockenen Sommers

„Transparente und klare Richtlinien bei witterungsbedingten Ausfällen sind das Gebot der Stunde. Die Landwirte wollen schließlich wissen, woran sie sind."

Bereits im letzten Jahr wurde die Landwirtschaft witterungsbedingt vor große Herausforderungen gestellt. Durch den anhaltenden Regen war es schwer, die Ernte einzufahren und auch das Ausbringen der Wintersaat fiel teilweise buchstäblich ins Wasser. Das Frühjahr war vieler Orts nicht viel besser. Witterungsbedingt waren die Bestellung der Felder und das Ausbringen von Dünger erschwert.

In dieser Situation war der Dürresommer 2018 für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft teilweise verheerend. Es gibt durchaus landwirtschaftliche Betriebe, die durch ihre breite wirtschaftliche Aufstellung oder wegen ihrer Größe kaum oder nur geringe Einbußen zu verzeichnen haben oder die die Einbußen entsprechend kompensieren können.

SSW IM LANDTAG

Die Hauptleidtragenden der Dürre sind wohl die kleinen und mittleren Betriebe; Betriebe, bei denen auf Kante genäht wird. Dort werden Investitionen wegen schlechter Ertragssituation aufgeschoben und die Banken halten sich bei diesen Betrieben mit Krediten zurück. So sind diese Landwirte dazu verurteilt, von der Hand in den Mund zu leben.

Ein Dürresommer wie dieser kann dann die Existenz so eines Betriebes infrage stellen. Da helfen auch keine Ernteausfall- bzw. Dürreversicherungen. Rainer Langner, Chef der Vereinigte Hagelversicherung VVaG, berichtet in einem Interview, dass es bundesweit nur zu fünf Abschlüssen gekommen ist; von bundesweit über 250.000 landwirtschaftlichen Betrieben. Gerade die kleinen Betriebe können sich wohl die Versicherungsprämien nicht leisten. Da beißt sich dann die Katze in den Schwanz. Die verletzlichsten Betriebe können sich nicht gegen Unbilden der Natur schützen. Darum muss der Staat ran; schließlich wollen wir nicht, dass nur noch die Großbetriebe übrigbleiben. Das hätte nämlich verheerende Auswirkungen auf die ländlichen Strukturen, dessen Arbeitsmarkt und auch für die dörfliche Nachbarschaft.

Die Folgen des Dürresommers werfen also ein Schlaglicht auf strukturelle Probleme in der Landwirtschaft.

Darum geht mein Appell sowohl an die Bundes- als auch die Landesregierung, Ausgleichsmittel nicht - wie in der Vergangenheit - mit der Gießkanne übers Land zu verteilen, sondern genau hinzusehen und gezielt dort zu unterstützen, wo es sinnvoll ist.

Das bedeutet sicherlich, dass man seine Bilanzen offenlegen muss. Ich habe Verständnis dafür, dass das nicht jedem Landwirt schmeckt. Aber letztendlich kann es nicht nur auf die Erntemengen ankommen, ob man gefördert wird, sondern am Ende des Jahres sind die Erträge ausschlaggebend.

Politisch muss es darauf ankommen, entsprechende Zahlungen so zu gestalten, dass eine möglichst ausgeglichene Struktur in der Landwirtschaft auch in den nächsten Jahren Bestand hat. Im nächsten Schritt müssen dafür entsprechende Richtlinien her. Transparente und klare Richtlinien bei witterungsbedingten Ausfällen sind das Gebot der Stunde. Die Landwirte wollen schließlich wissen, woran sie sind.

Die Landwirtschaftskammer muss die Betriebe darüber hinaus stärker bei Vorsorgemaßnahmen unterstützen. Ob es verregnete Frühjahre oder Dürre-Sommer sind, der Klimawandel wird uns noch öfter Wetterextreme

bescheren. Welche Konsequenzen hat das für die Betriebe: müssen sie andere Sorten anbauen, Zisternen anlegen oder stärker arbeitsteilig wirtschaften? Diese Fragen müssen schnellsten beantwortet werden. Vorsorge ist das A und O. Gutes Geld schlechtem hinterher zu werfen, kommt daher für uns nicht infrage.